

Aufsatz in:

Zweiter Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Hrsg.: EineWeltNetzwerk Bayern e.V. und Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München, Februar 08, S. 105 - 113

**Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen.
Anmerkungen einer sozialdemokratischen
Landespolitikerin**

Hildegard Kronawitter

„Die Welt wächst zusammen. Digitalisierte Medien und andere technische Neuerungen haben die Bedeutung von Raum und Zeit revolutioniert. Wir erleben zum ersten Mal in der Geschichte eine weltweite Arbeitsteilung, in die große Teile der Menschheit einbezogen sind. Die Globalisierung, die Öffnung von Grenzen und von Märkten, ist das Ergebnis nicht nur von technischen Innovationen, sondern auch von politischen Entscheidungen. [...] Der Welthandel bringt vielen Menschen neue Arbeit und Wohlstand. Zugleich aber prägt den globalen Kapitalismus ein Mangel an Demokratie und Gerechtigkeit.“ Diese Analyse im neuen SPD-Grundsatzprogramm ist ebenso zutreffend wie die Programmaussage: „Mit der Globalisierung verschmilzt die Welt immer mehr zu einem einzigen Markt. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds.“ Auch weitere Aussagen in den Kapiteln ‚Die Widersprüche der Globalisierung‘ und ‚Umbruch in Arbeitswelt und Gesellschaft‘ finden meine uneingeschränkte Zustimmung.

Sind diese Passagen des Hamburger SPD-Grundsatzprogramms für die Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards bei transnationalen Unternehmen relevant und fordern sie mich in diesem Zusammenhang als Landespolitikerin? Schließlich geht es hier um Weltinnenpolitik, deren Akteure auf der obersten politischen Ebene agieren. Dort sollten Organisationen bzw. Strukturen geschaffen und Aktionsziele festgelegt werden, um weltweit Menschenwürde, soziale Arbeitsbedingungen sowie nachhaltiges Wirtschaften durchzusetzen.

Dennoch erwartet das Eine Welt Netzwerk Bayern von uns Landtagsabgeordneten zu Recht aktive Mitwirkung in diesem politischen Gestaltungsprozess. Es macht uns deutlich, dass Unterstützung und Förderung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen auch auf kommunal- bzw. landespolitischer Ebene geboten und hilfreich sind. Sympathie für das Anliegen allein ist auch bei Landespolitikern nicht ausreichend, aktive Unterstützung ist geboten.

Die Definition von Sozialstandards und die Verständigung darüber, sie möglichst rasch weltweit verpflichtend zu machen, ist längst von internationalen Gremien erfolgt. Insbesondere die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entwickelten Kernarbeitsnormen sind in ihrer Bedeutung seit längerem unstrittig. Das Verbot von Zwangsarbeit und ausbeuterischer Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit der Beschäftigten, Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz und weitere Kernarbeitsnormen sollen in allen Ländern durchgesetzt werden - so die Zielsetzung. Doch deren Implementierung in die nationale Politik von sich entwickelnden Staaten - zum Beispiel in China - mit entsprechender Bindungswirkung für ansässige Unternehmen und Kontrolle durch staatliche Organe erweist sich als dornenreicher Weg. Gleiches gilt für die Durchsetzung von Umweltstandards. Seit der UN-Umweltkonferenz von Rio im Jahr 1992 ist der diesbezügliche Normenkatalog bekannt. Mit der Agenda 21 wurde ein Maßnahmenpaket formuliert, mit dem internationale Organisationen und nationale Regierungen, aber auch Kommunen zum Handeln gebracht werden sollten. Immerhin hatten Ende 2006 ca. 2600 Kommunen in Deutschland einen Beschluss zur Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 gefasst und damit festgelegt, wie sie sich nachhaltig in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht entwickeln wollen. Nicht zuletzt aber lehrt uns die aktuelle CO₂-Problematik, dass die Schöpfung noch lange nicht bewahrt ist.

Unbestritten, die primäre Verantwortung für Achtung, Schutz und Förderung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, für Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften liegt bei den Nationalstaaten und damit in den Händen von deren politischen Akteuren. Diese Souveränität schließt eine mögliche Verweigerungshaltung gegenüber international akzeptierten Normen ein. Immer wieder belegen Diktatoren jedweder Couleur durch ihr ignoranten Verhalten die Hilflosigkeit internationaler Organisationen wie Vereinte Nationen, ILO oder Europäische Union. In solchen Ländern geraten aber auch NGOs mit ihrem werbenden und anklagendem Agitieren schnell an ihre Grenzen. Weil Einflussnahme auf die Politik souveräner

Staaten so schwierig und mühevoll ist, richtet sich der Fokus verstärkt auf transnational tätige Unternehmen, denen als globalen Akteuren eine besondere soziale und gesellschaftliche Verantwortung zugeschrieben wird. Entsprechende Strategien für die Einflussnahme auf Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie Umweltschutz über das Handeln transnationaler Unternehmen wurden entwickelt. Die Bestrebungen von OECD und UN, über den Weg der Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung von global wirkenden Unternehmen zu mehr Beachtung, ja zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu kommen, sind vom Ansatz her ermutigend.

Das vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan 1999 angestoßene weltweite Lern- und Vermittlungsforum Global Compact ist ein solcher Weg. Global Compact ist ein Normengerüst basierend auf zehn Prinzipien zur Förderung von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung, das Unternehmen in ihre Unternehmenskultur aufnehmen können. Sie verpflichten sich zur Einhaltung und machen hierüber brieflich Meldung an das New Yorker Büro von Global Compact. Die Bundesregierung steht seit Jahren hinter diesem Ansatz, wie die Mitfinanzierung des New Yorker Büros aus dem Etat der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wiecek-Zeul bezeugt. Überdies setzt sich die Ministerin persönlich und werbend bei Unternehmen für Mitgliedschaften beim Global Compact ein.

Doch dieses Instrumentarium auf der Basis von Selbstverantwortung und Freiwilligkeit wird stumpf, wenn Unternehmen gegen ihre eigene Erklärung zur Einhaltung des Global Compact verstoßen. Es fehlen Sanktionsmöglichkeiten, mit denen Verstöße geahndet werden können. So sollten Unternehmen, die zum Beispiel wegen Korruption verurteilt wurden, vom Global Compact-Büro ausgeschlossen werden können. Schon die Fairness gegenüber jenen Unternehmen, die ihr weltweites Handeln getreu an den Prinzipien orientieren, gebietet, im gegebenen Falle die „Spreu vom Weizen trennen“ zu können. Ich teile und unterstütze deshalb die Forderung von zivilgesellschaftlichen Eine-Welt-Organisationen nach entsprechenden Sanktionen im Kontext des Global Compact.

Lassen Sie mich nach diesen Überlegungen auf das SPD-Grundsatzprogramm zurückkommen. Es spricht vom „Primat der Politik und dem Prinzip der Nachhaltigkeit“. Die SPD verneine - so heißt es weiter - deshalb eine „Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische“. „Dabei haben wir einen weiten Begriff des Politischen, der nicht auf den Staat reduziert werden darf, sondern zivilgesellschaftliche Allianzen und Netz-

werke wie auch das freie, selbstbestimmende Handeln der Menschen einschließt.“

Dieser Begriff des Politischen umfasst auch die Tätigkeit des Eine Welt Netzwerkes Bayern e. V. mit seinem ‚Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen‘. Die Mitarbeitenden des Netzwerkes klären im Sinne ihres zivilgesellschaftlichen Engagements über Sozial- und Umweltstandards auf, propagieren deren Inhalte und Bedeutung. Über das Medium des Runden Tisches schaffen sie Begegnungsforen, um zum Austausch mit Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen zu kommen. Als engagierte Lobby wollen sie Unternehmen zur Mitgliedschaft beim ‚Global Compact‘ bewegen. Ganz im Sinne der Arbeitsstrategie von NGOs verlangt das Netzwerk auch von der politischen Seite Einsatz und Unterstützung in der Sache. Gerne trage ich als förderndes Mitglied ideell und materiell die Arbeit dieser besonderen zivilgesellschaftlichen Organisation mit.

Meine Unterstützung als Landespolitikerin mündete außerdem in die konkrete Forderung an die Staatsregierung, den zivilgesellschaftlichen Einsatz des Netzwerkes mit Landesmitteln institutionell zu fördern. Es stünde Bayern mit seinem starken Steueraufkommen gut an, für Entwicklungszusammenarbeit größere Verantwortung zu übernehmen und insbesondere dem zivilgesellschaftlichen und mit hohem ehrenamtlichen Einsatz arbeitenden Netzwerk einen „Apparat“ mit bescheidener Ausstattung zu ermöglichen. Die geringe Förderung mit Mitteln aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit ist zwar eine große Hilfe, doch nicht ausreichend.

Zugegeben, in der offiziellen Landespolitik ist die Thematik der Sozial- und Umweltstandards in transnationalen Unternehmen noch kaum angekommen, geschweige denn die politischen Handlungsmöglichkeiten für deren Durchsetzung ausgeschöpft. So kann die Bayerische Staatsregierung im Diskurs mit Wirtschaftsverbänden und Unternehmen das Thema Corporate Social Responsibility (CSR) grundsätzlich, aber auch mit grenzüberschreitender Perspektive anstoßen und vorwärts bringen. Ich halte es daher für geboten, dass sich das Bayerische Sozial- und Arbeitsministerium ab sofort an den Runden Tischen des Eine Welt Netzwerkes zu Sozial- und Umweltstandards beteiligt. Das Arbeits- und Sozialministerium kann zusammen mit dem Wirtschaftsministerium bei großen, mittleren und kleinen Unternehmen Überzeugungsarbeit leisten und so dazu beitragen, dass die Implementierung der diskutierten Standards in die jeweilige Unterneh-

menskultur erfolgt. In Bayern ansässige transnationale Unternehmen können und sollten in noch viel größerer Zahl als heute an ihren Standorten in minder entwickelten Ländern zum Vorbild für Arbeitnehmer- und Umweltstandards werden. Die Signalwirkung in diese Länder hinein wäre sehr bedeutend.

Außerdem ist es längst an der Zeit, im Arbeits- und Sozialministerium für die hier angesprochenen Belange einen Ansprechpartner zu benennen, um den Eine Welt Organisationen einen Partner im Fachministerium zu bieten, insbesondere wenn es um die Thematik von Sozialstandards geht.

Von eben diesem Ministerium aus lässt sich des Weiteren gut ein Impuls für die Befassung mit Sozialstandards in das Forum Soziales Bayern einbringen. Dieses Forum kann in ausgezeichneter Weise als Brücke dienen, um in den Organisationen der Wohlfahrtspflege Kenntnis und Verständnis für Sozialstandards in der grenzüberschreitenden Perspektive zu schaffen.

Ich wünsche mir auch, ja, ich halte es für notwendig, dass die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) sich in den Diskurs um Sozial- und Umweltstandards bei bayerischen Unternehmen einschaltet und für dieses Anliegen bei ihren Mitgliedsunternehmen wirbt. Dabei kann sie auf bewährte Best-Practise-Beispiele von bayerischen Unternehmen zurückgreifen. So beweisen unter anderem BMW und Allianz mit ihren einheitlich gültigen Standards - gleich in welchem Land der Produktions- bzw. Betriebsstandort auch ist -, dass trotz der harten Konkurrenzbedingungen des globalisierten Marktes die Unternehmensrechnung aufgeht. Beim Aufbau und Betrieb des Fertigungswerks in Cheeney (Südindien) folgt BMW den gleichen umwelt- und ressourcenschonenden Vorgaben als handelte es sich um Betriebsstandorte in München oder Leipzig. Das ist best practise im besten Sinne des Wortes und überdies imagefördernd für die Automarke.

Mehr und mehr nimmt die Öffentlichkeit europäische Unternehmen in die Verantwortung für ihre Zulieferer. Wenn Bilder von ausgemergelten Kindern, die in engen, schmutzigen Räumen an Textilien arbeiten oder Teppiche knüpfen, über die Bildschirme laufen, richtet sich die Empörung über diese Zustände und der öffentliche Protest auch gegen die europäischen oder nordamerikanischen Abnehmer.

Die weltweite Berichterstattung über zu hohe Bleiwerte in Kinderspielzeug der Marke Fischer-Price, hergestellt in China, schädigt den Ruf des Mutterkonzerns, des US-Unternehmens Mattel, und trifft ihn wirtschaftlich

empfindlich - recht so. Der Vorgang wurde als Skandal wahrgenommen, der zugleich allen anderen Unternehmen signalisiert: Die Missachtung von Umweltstandards lohnt sich wirtschaftlich nicht. Diese läuternde Funktion von Skandalen wirkt nicht nur bei den westlichen Unternehmen, sondern auch in China selbst. Meldungen, wonach die chinesische Staatsmacht 700 einschlägigen Exporteuren die Lizenz entzogen habe, belegen, dass die Lektion auch hier verstanden wird. Ein großes Stück Arbeit für mehr nachhaltiges Wirtschaften ist damit geleistet.

Wenn die Textilkette H & M dem Vorwurf begegnen muss, in ausbeuterischer Weise wären Kinder bei ihrer Produktion bzw. Vorproduktion eingesetzt gewesen, wird sie ihre Zulieferer in die Pflicht nehmen. Das Unternehmen hat sicherlich realisiert, dass Konsumenten und Öffentlichkeit sensibel auf ausbeuterische Kinderarbeit reagieren und im Kaufverhalten entsprechende Konsequenzen ziehen.

Die Beispiele belegen, wie über den Markt, konkret über die Nachfrageseite sich Korrekturen erreichen lassen. Als kritische Verbraucher sind wir deshalb mehr denn je gefordert, Produkte und Dienstleistungen von Unternehmen zu meiden, die Sozial- und Umweltstandards unzureichend beachten.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Beschluss des Bayerischen Landtages vom 18. Juli 2007 ‚Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens‘ weitreichend. Die Bayerische Staatsregierung wird damit aufgefordert, im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen des eigenen Geschäftsbereichs nur Produkte zu berücksichtigen, für die nachweislich die Norm der ILO-Konvention 182 (gegen ausbeuterische Kinderarbeit) eingehalten wurde. Auch Unternehmen mit staatlichen Beteiligungen sind aufgefordert, ebenso zu verfahren.

Der Landtagsbeschluss sieht ferner vor, weitere öffentliche Einrichtungen, Bezirksregierungen und Kommunen über die Beschlusslage zu informieren und sie zu ermutigen, im eigenen Zuständigkeitsbereich genauso zu verfahren. Beschlussgemäß sollen außerdem Verbraucherinnen und Verbraucher sowie freie Unternehmen von Seiten der Staatsregierung zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen informiert werden und den Erwerb von Produkten, hergestellt mit ausbeuterischer Kinderarbeit, verweigern.

Der Landtag folgte damit ähnlichen Beschlüssen in Kommunen wie zum Beispiel München. Über das eigene Handeln hinaus geht damit eine Botschaft an Bürgerschaft und Öffentlichkeit: Der Staat ächtet mit seinem Einkaufsverhalten ausbeuterische Kinderarbeit und empfiehlt Gleiches zur Nachahmung.

Zugleich beeinflusst das Nachfrageverhalten staatlicher Institutionen ganz konkret die Anbieterseite. Wenn zum Beispiel Verkäufer von Fußbällen den Schulen nachweisen müssen, dass deren Produktion ohne Kinderarbeit erfolgte - was mit einem Siegel zu belegen ist -, dann werden sich die Hersteller in fernen Ländern trotz schwacher Sozialgesetzgebung entsprechend umorientieren.

Eine letzte Anregung: Bayerns Umweltpakt zwischen Staatsregierung und zahlreichen bayerischen Unternehmen sowie Organisationen müsste sich schon längst des Themas Einhaltung von Umweltstandards bei importierten (Vor-)Produkten angenommen haben. Die Staatsregierung ist daher dringlich aufgefordert, hierfür den Anstoß zu geben. Schließlich ist nachhaltiger Umgang mit der Natur, Schonung weltweit knapper Ressourcen, Reduzierung des CO₂-Ausstoßes nicht nur für Betriebsstätten in Bayern relevant.

Als Fazit halte ich fest: Eine politische Bewegung für Sozial- und Umweltstandards braucht viele Mitbewegte. Deshalb sind wir sowohl als Mitglieder der Zivilgesellschaft als auch als politische Akteure aufgerufen, uns mitbewegen zu lassen, schließlich leben wir in einer Welt.

Deshalb können hiesige Unternehmen ihre Verantwortung für ferne Betriebsstandorte und Zulieferer ebenso wenig ignorieren wie sich lokale und regionale Politik ausschließlich auf das Gemeinde- oder Stadtgebiet bzw. auf das Bundesland begrenzen lässt. Folglich ist im Einsatz und Handeln für Menschen- und Arbeitnehmerrechte, für nachhaltiges Wirtschaften immer auch die grenzüberschreitende Wirkung mitzubedenken. Unternehmen, die weltweit agieren, beliebig Standorte nach günstigen Kosten und Absatzmärkten wählen, können sich weder als Arbeitgeber noch als Produzenten bzw. Dienstleister von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verabschieden. Sie in der Übernahme dieser Verantwortung zu bestärken und an ihre Vorbildfunktion zu appellieren muss Anliegen der Landespolitik sein.